

**Die Corona-Krise in der Einschätzung
der Bewohner der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens im Frühjahr 2021**

Ergebnisse einer Befragung für das
Ministerium der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens

1. April 2021
f21.0100/39999 Le, Ma

forsa Politik- und Sozialforschung GmbH
Büro Berlin
Gutenbergstraße 2
10587 Berlin
Telefon: (0 30) 6 28 82-0

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	3
1. Die künftige Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	4
1.1 Persönliche Zukunftsaussichten	4
1.2 Wirtschaftliche Zukunftsaussichten	5
2. Sorgen wegen und Betroffenheit von der Corona-Krise	6
2.1 Die größten Sorgen wegen der Corona-Krise	6
2.2 Positive Erfahrungen in der Corona-Krise	8
2.3 Persönliche Einschränkung durch die Corona-Krise	10
2.4 Die finanzielle Situation in der Corona-Krise	11
3. Das Krisenmanagement der Regierung in der Einschätzung der Bürger	12
4. Akzeptanz der politischen Maßnahmen in der Corona-Krise	14
5. Informationsverhalten und Informationsstand	19
6. Glaubwürdigkeit der offiziellen Informationen zur Corona-Krise	25
7. Meinungen zur Corona-Impfung	30
8. Zentrale Ergebnisse	38

Vorbemerkung

Seit dem Frühjahr 2020 stellt die Corona-Krise öffentliche Einrichtungen, Unternehmen, gesellschaftliche Vereinigungen und Bürger vor große Herausforderungen.

Um die Auswirkungen der Krise auf die Entwicklung Ostbelgiens abschätzen und neue Perspektiven für die Zukunftsgestaltung entwickeln zu können, hat das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens nach einer ersten Erhebung im Juni 2020 und einer zweiten Erhebung im Herbst 2020 forsa erneut damit beauftragt, ein aktuelles Meinungs- und Stimmungsbild der Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu ermitteln.

Befragt wurden dazu vom 15. bis 29. März 2021 1.002 Bewohner der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Einige der Fragen aus den vorigen Erhebungen wurden in der aktuellen Befragung erneut gestellt, um Zeitvergleiche vornehmen und mögliche Veränderungen im Zeitverlauf aufzeigen zu können.

Die Erhebung wurde mithilfe computergestützter Telefoninterviews durchgeführt. Die Auswahl der Befragten geschah nach einem systematischen Zufallsverfahren, bei dem zunächst Haushalte anhand computergenerierter Telefonnummern zufällig ausgewählt und in einem zweiten Schritt in einem Haushalt mithilfe einer weiteren Zufallsauswahl die Befragungsperson ermittelt wurde. Dieses Verfahren stellt sicher, dass alle Bevölkerungs- und Altersgruppen einschließlich der Jüngeren in der Stichprobe vertreten sind.

Die Untersuchungsergebnisse werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt.

Die ermittelten Ergebnisse sind repräsentativ und können mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der erwachsenen Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens übertragen werden.

1. Die künftige Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

1.1 Persönliche Zukunftsaussichten

Im Vergleich zur Erhebung im Herbst 2020 gibt es in Bezug auf die persönlichen Zukunftsaussichten praktisch keine Veränderungen: Nach wie vor blickt trotz der aktuellen Corona-Krise die große Mehrheit (76 %) der Bewohner der Deutschsprachigen Gemeinden in Belgien sehr bzw. eher optimistisch in die Zukunft.

▪ Persönliche Zukunftsaussichten

Es blicken persönlich in die Zukunft

		sehr optimistisch %	eher optimistisch %	eher bzw. sehr *) pessimistisch %
insgesamt:	2011	18	64	17
	2014	15	62	22
	2018	22	63	13
	Juni 2020	14	69	17
	November 2020	13	63	21
	März 2021	13	63	23
Norden		13	65	21
	Süden	13	62	25
Männer		16	66	18
	Frauen	10	61	29
18- bis 29-Jährige		17	68	16
	30- bis 44-Jährige	9	75	17
	45- bis 59-Jährige	11	60	28
	60 Jahre und älter	14	56	28
Erwerbstätige		11	66	23
	Rentner	14	56	29
ohne Diplom/Primar mittlerer Abschluss Abitur/Studium		17	51	30
		15	63	22
		11	67	21

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = keine Angabe

1.2 Wirtschaftliche Zukunftsaussichten

Die Erwartungen im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in Ostbelgien werden weiterhin verhaltener eingeschätzt als noch 2018, aber etwas weniger pessimistisch als noch im Herbst 2020.

Insgesamt geben 61 Prozent der Befragten an, dass sie die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten Ostbelgiens als sehr bzw. eher optimistisch bewerten.

▪ Wirtschaftliche Zukunftsaussichten

		Die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten in Ostbelgien beurteilen		
		sehr optimistisch	eher optimistisch	eher bzw. sehr *) pessimistisch
		%	%	%
insgesamt:	2011	8	64	28
	2014	6	60	30
	2018	17	67	12
	Juni 2020	7	57	33
	November 2020	6	49	40
	März 2021	6	55	35
Norden		5	55	34
	Süden	6	55	35
Männer		8	59	28
	Frauen	4	52	41
18- bis 29-Jährige		6	48	41
	30- bis 44-Jährige	7	58	33
	45- bis 59-Jährige	3	59	36
	60 Jahre und älter	7	56	31
Erwerbstätige		7	57	34
	Rentner	6	58	31
ohne Diplom/Primar mittlerer Abschluss Abitur/Studium		8	48	36
		3	52	41
		6	58	31

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = keine Angabe

2. Sorgen wegen und Betroffenheit von der Corona-Krise

2.1 Die größten Sorgen wegen der Corona-Krise

Auf die offen und ohne Vorgaben gestellte Frage, was ihnen im Zusammenhang mit der Corona-Krise die meisten Sorgen bereitet, werden wie bereits im Juni und Herbst des Vorjahres häufig die ökonomischen Auswirkungen der Corona-Krise genannt: 23 Prozent nennen die wirtschaftliche Lage bzw. einen Konjunkturreinbruch.

Im Vergleich zur letzten Erhebung deutlich zugenommen haben die Sorgen bezüglich der verfügbaren Impfstoffe und die Sorgen um Kinder und Jugendliche.

Auch fehlende Kontakte beschäftigen mit derzeit 13 Prozent etwas mehr als im Herbst 2020. Eine mögliche Überlastung des Gesundheitssystems befürchtet hingegen aktuell fast niemand. Auch die Sorge vor einer Ansteckung mit dem Virus ist wieder zurückgegangen.

▪ Die größten Sorgen im Zusammenhang mit der Corona-Krise *)

	2020		2021
	Juni	November	März
	<u>%</u>	<u>%</u>	<u>%</u>
- wirtschaftliche Lage/ Konjunkturunbruch	21	25	23
- Arbeitslosigkeit	9	2	5
- Sorge vor Preissteigerungen	2	0	0
- fehlende Therapien/ fehlender Impfstoff	4	2	15
- Sorge vor eigener Ansteckung	7	11	4
- Sorge vor Ansteckung von Familienmitgliedern	7	8	3
- zweite Pandemie-Welle/Lockdown	10	4	2
- Überlastung des Gesundheitssystems	-	11	1
- fehlende Kontakte	4	9	13
- Sorgen um Kinder/Jugend	4	5	12
- Angst vor lang anhaltender Pandemie	5	8	10
- gesellschaftliche Folgen	7	6	8
- Lernrückstände der Schüler	6	4	7
- Sorge um ältere Menschen	2	3	1
- Grenzsicherungen	3	1	0
- Freiheitsbeschränkungen	6	4	8
- fehlende Akzeptanz der Maßnahmen	7	9	5
- fehlende Kompetenz der Politiker	2	2	4
- zu wenige/ mangelhafte Informationen	3	2	3
- Leugner der Krise, Verschwörungstheoretiker	0	3	1
- zu schnelle Lockerung von Maßnahmen	3	1	0
- keine Sorgen	7	5	4

*) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

2.2 Positive Erfahrungen in der Corona-Krise

Auch im März 2021 hat eine Mehrheit der Befragten in der Corona-Krise nicht nur Sorgen, sondern kann der Zeit auch etwas Positives abgewinnen: Insgesamt 63 Prozent können ein positives Erlebnis oder eine positive Erfahrung nennen.

Nach wie vor am häufigsten nennen die Bewohner in Ostbelgien den Zuwachs an Zeit (insbesondere mit der Familie), den sie durch die Krise persönlich gewonnen haben.

Daneben werden als positive Erfahrungen auch „Entschleunigung“, der Zusammenhalt, eine gestiegene Hilfsbereitschaft, die Pflege sozialer Kontakte und eine „Rückbesinnung auf das Wesentliche“ hervorgehoben. 7 Prozent der Befragten nennen „Home Office“ oder „Home Schooling“ als eine positive Erfahrung.

Weitere positive Erlebnisse und Erfahrungen in der Corona-Krise, die von den Befragten vereinzelt genannt werden, sind die Umstellung auf mehr Digitalisierung, weniger (Straßen-)Verkehr, positive Auswirkungen auf die Umwelt, die eigene Gesundheit sowie Ersparnisse im Alltag.

▪ Positive Erlebnisse oder Erfahrungen in der Corona-Krise *)

Es haben folgende positive Erlebnisse oder Erfahrungen im Zuge der Corona-Krise gemacht:	2020		2021
	Juni %	November %	März %
- mehr Zeit mit der Familie	18	15	14
- „Entschleunigung“	17	12	9
- mehr Zeit (allgemein)	11	5	6
- eigene Region entdecken	0	2	2
- Zeit für Haus und Garten	1	1	2
- Zusammenhalt	13	8	5
- gestiegene Hilfsbereitschaft	4	4	3
- soziale Kontakte gepflegt	3	3	5
- Rückbesinnung auf das Wesentliche	6	6	6
- Umstellung auf mehr Digitalisierung	5	3	1
- weniger (Straßen-)verkehr	5	1	2
- gut für die Natur/Umwelt	4	1	2
- Einhalten der Corona-Regeln	4	3	1
- eigene Gesundheit/ Gesundheit der Familie	2	3	2
- Geld gespart	1	1	2
- mehr Sport und Bewegung	0	4	7
- Homeoffice/Homeschooling	0	2	7
- mehr Kreativität/neue Sachen entdecken	0	2	2
- keine positiven Erfahrungen	25	38	37

*) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

2.3 Persönliche Einschränkung durch die Corona-Krise

Der Anteil der Bewohner in Ostbelgien, der sich durch die Corona-Krise und die damit verbundenen Maßnahmen in ihrem persönlichen Leben stark (39 %) oder sogar sehr stark (18 %) eingeschränkt fühlt, ist im Vergleich zum Herbst 2020 nochmals gestiegen (+ 7 Prozentpunkte).

43 Prozent fühlen sich weniger stark oder gar nicht eingeschränkt (- 7 Prozentpunkte).

Besonders Frauen sowie die unter 30-Jährigen fühlen sich aktuell durch die Corona-Krise und die getroffenen Maßnahmen stark eingeschränkt.

- Persönliche Einschränkung durch die Corona-Krise

		Durch die Corona-Krise und die damit verbundenen Maßnahmen fühlen sich in ihrem persönlichen Leben eingeschränkt			
		sehr stark	stark	weniger stark	gar nicht
		%	%	%	%
insgesamt	Juni 2020	9	26	52	13
	November 2020	14	36	41	9
	März 2021	18	39	36	7
Norden		18	40	34	8
Süden		18	37	39	6
Männer		12	38	41	9
Frauen		23	39	32	5
18- bis 29-Jährige		25	43	26	6
30- bis 44-Jährige		15	46	36	4
45- bis 59-Jährige		17	36	39	6
60 Jahre und älter		15	33	42	10
Erwerbstätige		18	40	38	4
Rentner		14	31	43	11
ohne Diplom/Primar		18	28	41	12
mittlerer Abschluss		21	34	37	8
Abitur/Studium		17	42	36	5

2.4 Die finanzielle Situation in der Corona-Krise

Der Anteil der Befragten, die angeben, ihre finanzielle Situation habe sich durch die Corona-Krise verschlechtert, ist trotz andauernder Pandemie nicht größer geworden, sondern gegenüber dem Herbst 2020 sogar noch einmal etwas gesunken.

Die überwiegende Mehrheit (81 %) sieht keine finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise auf ihre persönliche Finanzlage. Lediglich 10 Prozent berichten von einer Verschlechterung, 9 Prozent sogar von einer Verbesserung ihrer finanziellen Lage.

- Die finanzielle Situation in der Corona-Krise

		Die finanzielle Situation ist durch die Corona-Krise		
		besser geworden	schlechter geworden	unverändert *) geblieben
		%	%	%
insgesamt	Juni 2020	6	17	77
	November 2020	6	15	78
	März 2021	9	10	81
Norden		8	9	82
Süden		9	11	80
Männer		11	9	80
Frauen		7	11	82
18- bis 29-Jährige		6	7	85
30- bis 44-Jährige		7	12	80
45- bis 59-Jährige		10	13	77
60 Jahre und älter		11	7	82
Erwerbstätige		9	13	78
Rentner		11	6	83
ohne Diplom/Primar mittlerer Abschluss		8	7	81
Abitur/Studium		8	14	78
		9	9	82

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

3. Das Krisenmanagement der Regierung in der Einschätzung der Bürger

Wie bereits in den Erhebungen im Jahr 2020 zeigen sich auch aktuell in der Bewertung des bisherigen Krisenmanagements der föderalen Regierung in Brüssel und des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch die Bürger in Ostbelgien recht deutliche Unterschiede.

So sind mit der bisherigen Arbeit der föderalen Regierung in Brüssel 46 Prozent der Bewohner in Ostbelgien (sehr) zufrieden. 50 Prozent sind weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Mit der bisherigen Arbeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind dagegen mehr als zwei Drittel (68 %) der Bürger in Ostbelgien (sehr) zufrieden und 30 Prozent weniger oder gar nicht zufrieden.

Aktuell sind jeweils etwas weniger Befragte sowohl mit der Arbeit der föderalen Regierung als auch mit der des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft zufrieden als noch im Herbst 2020 (- 5 bzw. -4 Prozentpunkte).

Zufrieden mit der Arbeit sowohl der föderalen Regierung in Brüssel als auch der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind insbesondere die über 60-Jährigen und – damit weitestgehend korrespondierend – die Rentner. Vergleichsweise seltener zufrieden sind die 30- bis 44-Jährigen.

▪ Zufriedenheit mit der Arbeit der föderalen Regierung und der DG in der Corona-Krise

Im Umgang mit der Corona-Krise sind mit der bisherigen Arbeit der

		föderalen Regierung in Brüssel		Deutschsprachigen Gemeinschaft	
		(sehr) zufrieden	weniger bzw.*) gar nicht zufrieden	(sehr) zufrieden	weniger bzw.*) gar nicht zufrieden
		%	%	%	%
insgesamt	Juni 2020	58	37	78	19
	November 2020	51	46	72	26
	März 2021	46	50	68	30
Norden		50	45	69	29
Süden		40	55	66	32
Männer		49	47	69	31
Frauen		43	53	68	30
18- bis 29-Jährige		47	46	73	27
30- bis 44-Jährige		35	63	56	43
45- bis 59-Jährige		46	51	66	32
60 Jahre und älter		50	43	74	23
Erwerbstätige		43	54	63	36
Rentner		50	44	75	22
ohne Diplom/Primar		48	41	74	23
mittlerer Abschluss		44	52	64	35
Abitur/ Studium		46	51	68	31
Beurteilung Maßnahmen:					
	- angemessen	60	36	77	21
	- gehen zu weit	26	72	55	45
	- gehen nicht weit genug	41	54	66	33

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

4. Akzeptanz der politischen Maßnahmen in der Corona-Krise

Während im Herbst 2020 noch knapp zwei Drittel der Bürger die zur Eindämmung der Corona-Pandemie getroffenen politischen Maßnahmen für angemessen hielten, sind es aktuell nur noch 51 Prozent.

30 Prozent (+ 13 Prozentpunkte) gehen die Maßnahmen nun zu weit, unverändert 16 Prozent halten die Maßnahmen für nicht weitreichend genug.

Dass die Maßnahmen zu weit gehen, meinen die Bewohner im Süden der DG etwas häufiger als die Bewohner im Norden, Frauen häufiger als Männer und jüngere Befragte häufiger als die älteren Befragten.

- Einschätzungen zu den politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie

		Die getroffenen Maßnahmen		
		sind angemessen %	gehen zu weit %	gehen nicht *) weit genug %
insgesamt	Juni 2020	66	22	10
	November 2020	64	17	16
	März 2021	51	30	16
Norden		55	23	20
Süden		46	39	11
Männer		55	25	18
Frauen		47	36	14
18- bis 29-Jährige		40	42	17
30- bis 44-Jährige		51	34	12
45- bis 59-Jährige		50	34	12
60 Jahre und älter		59	16	21
Erwerbstätige		49	36	13
Rentner		62	15	19
ohne Diplom/Primar		56	18	16
mittlerer Abschluss		41	37	20
Abitur, Studium		53	30	15

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die einzelnen Maßnahmen werden von den Bürgern durchaus differenziert bewertet. Zwar finden die meisten der ergriffenen Maßnahmen die Zustimmung einer Mehrheit der Bevölkerung, jedoch gibt es auch zwei Maßnahmen, die mehrheitlich als zu weitreichend bewertet werden.

Drei Viertel der Befragten (73 %) geben an, dass die Begrenzung der engen Kontakte auf maximal eine Person außerhalb des eigenen Haushalts zu weit geht. Zwei Drittel (65 %) lehnen die Schließung von Cafés, Bar und Restaurants als unangemessen ab.

Von den abgefragten Maßnahmen die höchste Zustimmung (88 %) erhält das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes an den durch den Gesetzgeber festgelegten Orten sowie, wenn der Abstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann. 79 Prozent halten auch die Abstandspflicht von 1,5 Metern zu anderen Personen für angemessen, 72 Prozent das Homeoffice als Regel in allen Unternehmen, Vereinigungen und Diensten. Das Verbot von Veranstaltungen mit Freizeit- und Unterhaltungsschaarakter halten 64 Prozent, das Verbot des Konsums von alkoholischen Getränken im öffentlichen Raum 65 Prozent für angemessen. Auch die Ausnahmeregelung für alle Belgier, sich ohne triftigen Grund für maximal 24 Stunden in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz aufzuhalten, halten 62 Prozent für angemessen.

Mehrheitlich für angemessen gehalten wird zudem auch die nächtliche Ausgangsbeschränkung von 22 bis 6 Uhr (58 %) und die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes von Sekundärschülern in der Schule (66 %).

Die Zustimmung zu einigen der Maßnahmen ist allerdings im Vergleich zum Herbst 2020 um über 10 Prozentpunkte zurückgegangen.

▪ Einschätzungen zu einzelnen Maßnahmen I

	Die Maßnahme		
	ist angemessen %	geht zu weit %	geht nicht *) weit genug %
- Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, wenn der Abstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann sowie an festgelegten Orten	88	8	3
- Abstandspflicht von 1,5 Metern zu anderen Personen	79	17	3
- Homeoffice als Pflicht in allen Unternehmen, Vereinigungen und Diensten, sofern keine zwingenden betriebsbedingten Gründe entgegenstehen	72	20	2
- Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes von Sekundarschülern in der Schule	66	28	2
- Verbot des Konsums von alkoholischen Getränken im öffentlichen Raum	65	29	2
- Verbot von Veranstaltungen mit Freizeit- und Unterhaltungscharakter mit gewissen Ausnahmen	64	30	4
- Ausnahmeregelung für Reisen von Einwohnern einer Grenzgemeinde oder unmittelbaren Nachbargemeinde in ein angrenzendes Land ohne Angabe eines triftigen Grunds	62	33	3
- nächtliche Ausgangsbeschränkung von 0 bis 6 Uhr	58	39	1
- Schließung von Cafés, Bars und Restaurants	33	65	1
- Begrenzung der engen Kontakte auf maximal eine Person außerhalb des eigenen Haushalts	24	73	2

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Wie bereits bei der Frage nach der allgemeinen Bewertung der getroffenen politischen Maßnahmen geben auch bei der Einzelabfrage der Maßnahmen die über 60-Jährigen seltener an, dass ihnen eine Maßnahme zu weit gehe. Anders die 30- bis 44-Jährigen: Vertreter dieser Altersgruppe geben bei diversen Maßnahmen überdurchschnittlich häufig an, dass sie Ihnen zu weit gehe.

Die 18- bis 29- Jährigen bewerten die nächtlichen Ausgangsbeschränkungen und das Verbot des Konsums von alkoholischen Getränken im öffentlichen Raum häufiger als andere Befragte als zu weitreichend.

▪ **Einschätzungen zu einzelnen Maßnahmen II**

Die Maßnahme <u>geht zu weit</u> :	insgesamt %	18- bis 29- Jährige %	30- bis 44- Jährige %	45- bis 59- Jährige %	60 Jahre und älter %
- Begrenzung der engen Kontakte auf maximal eine Person außerhalb des eigenen Haushalts	73	74	84	75	64
- Schließung von Cafés, Bars und Restaurants	65	63	86	64	53
- nächtliche Ausgangsbeschränkung von 0 bis 6 Uhr	39	65	45	36	17
- Ausnahmeregelung für Reisen von Einwohnern einer Grenzgemeinde oder unmittelbaren Nachbargemeinde in ein angrenzendes Land ohne Angabe eines triftigen Grunds	33	32	41	29	32
- Verbot von Veranstaltungen mit Freizeit- und Unterhaltungscharakter mit gewissen Ausnahmen	30	36	34	31	22
- Verbot des Konsums von alkoholischen Getränken im öffentlichen Raum	29	52	28	28	13
- Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes von Sekundarschülern in der Schule	28	23	40	31	20
- Homeoffice als Pflicht in allen Unternehmen, Vereinigungen und Diensten, sofern keine zwingenden betriebsbedingten Gründe entgegenstehen	20	19	22	23	15
- Abstandspflicht von 1,5 Metern zu anderen Personen	17	28	21	15	9
- Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, wenn der Abstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann sowie an festgelegten Orten	8	6	10	10	7

Die Bürger im Süden der DG halten sämtliche der abgefragten Maßnahmen häufiger als die Bewohner im Norden für zu weitreichend. Besonders groß ist der Unterschied in Bezug auf die Schließung von Cafés, Bars und Restaurants sowie beim Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes von Sekundarschülern in der Schule.

▪ **Einschätzungen zu einzelnen Maßnahmen III**

Die Maßnahme geht zu weit:	insge-	Norden	Süden
	samt %	%	%
- Begrenzung der engen Kontakte auf maximal eine Person außerhalb des eigenen Haushalts	73	70	77
- Schließung von Cafés, Bars und Restaurants	65	59	73
- nächtliche Ausgangsbeschränkung von 0 bis 6 Uhr	39	36	42
- Ausnahmeregelung für Reisen von Einwohnern einer Grenzgemeinde oder unmittelbaren Nachbargemeinde in ein angrenzendes Land ohne Angabe eines triftigen Grunds	33	29	37
- Verbot von Veranstaltungen mit Freizeit- und Unterhaltungscharakter mit gewissen Ausnahmen	30	27	34
- Verbot des Konsums von alkoholischen Getränken im öffentlichen Raum	29	28	30
- Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes von Sekundarschülern in der Schule	28	21	36
- Homeoffice als Pflicht in allen Unternehmen, Vereinigungen und Diensten, sofern keine zwingenden betriebsbedingten Gründe entgegenstehen	20	16	24
- Abstandspflicht von 1,5 Metern zu anderen Personen	17	14	21
- Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, wenn der Abstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann sowie an festgelegten Orten	8	7	9

5. Informationsverhalten und Informationsstand

Die am häufigsten genutzten Informationsquellen in der Corona-Krise bleiben weiterhin persönliche Gespräche mit Verwandten, Freunden und Bekannten (82 %), das Fernsehen (82 %) sowie das Radio (80 %).

Über Nachrichtenseiten im Internet haben sich über die Corona-Krise in den vergangenen Wochen 69 Prozent, über Tageszeitungen 59 Prozent informiert. Die Internetseite der DG „Ostbelgienlive.be“ haben 45 Prozent genutzt.

Etwa ein Drittel (34 %) nutzt soziale Netzwerke wie Twitter, Facebook oder YouTube als Informationsquelle über die Corona-Krise. Internetseiten von wissenschaftlichen Einrichtungen werden von 29 Prozent der Befragten als Informationsquelle genutzt.

▪ Genutzte Informationsquellen zur Corona-Krise

In den vergangenen Wochen haben folgende Informationsquellen genutzt, um sich über die Corona-Krise zu informieren:	2020		2021 *)
	Juni %	Nov. %	März %
- persönliche Gespräche mit Verwandten, Freunden und Bekannten	88	86	82
- Fernsehen	81	82	82
- Radio	78	83	80
- Nachrichtenseiten im Internet	66	70	69
- Tageszeitungen	60	61	59
- Internetseite der DG „Ostbelgienlive.be“	38	44	45
- soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter oder YouTube	41	38	34
- Internetseiten von wissenschaftlichen Einrichtungen	34	28	29

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Unterschiede in der Mediennutzung zeigen sich weiterhin zwischen Jung und Alt: Im Fernsehen und in Tageszeitungen informieren sich die über 60-Jährigen deutlich häufiger über die Corona-Krise als die unter 30-Jährigen. Diese wiederum informieren sich häufiger als die Älteren über Nachrichtenseiten im Internet und insbesondere über soziale Netzwerke.

Die Generation der 30- bis 59-Jährigen hat sich überdurchschnittlich häufig über die Internetseite der DG informiert.

▪ **Genutzte Informationsquellen zur Corona-Krise II**

In den vergangenen Wochen haben folgende Informationsquellen genutzt, um sich über die Corona-Krise zu informieren:	insgesamt %)	18- bis 29- Jährige %)	30- bis 44- Jährige %)	45- bis 59- Jährige %)	60 Jahre und älter %)
- persönliche Gespräche mit Verwandten, Freunden und Bekannten	82	86	79	83	81
- Fernsehen	82	73	82	83	87
- Radio	80	74	87	84	75
- Nachrichtenseiten im Internet	69	73	89	73	48
- Tageszeitungen	59	37	65	62	68
- Internetseite der DG „Ostbelgienlive.be“	45	35	61	48	40
- soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter oder YouTube	34	59	45	28	13
- Internetseiten von wissenschaftlichen Einrichtungen	29	28	39	31	20

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Die vom Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft angebotene telefonische Hotline, die die Bürger über das Corona-Virus und Hilfsmaßnahmen informiert, ist der Mehrheit von 64 Prozent der Befragten bekannt.

Unterdurchschnittlich bekannt ist die telefonische Hotline weiterhin vor allem bei den unter 30-Jährigen.

▪ Bekanntheit der telefonischen Hotline

		Es kennen die vom Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft angebotene telefonische Hotline
		%
insgesamt	Juni 2020	72
	November 2020	66
	März 2021	64
Norden		60
Süden		68
Männer		58
Frauen		69
18- bis 29-Jährige		43
30- bis 44-Jährige		71
45- bis 59-Jährige		77
60 Jahre und älter		63
Erwerbstätige		70
Rentner		62
ohne Diplom/Primar		51
mittlerer Abschluss		54
Abitur/ Studium		69

Auch das „Kontakt-Tracing“ der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist einer großen Mehrheit von 73 Prozent der Bürger in Ostbelgien bekannt.

Unterdurchschnittlich bekannt ist das Kontakt-Tracing bei den über 60-Jährigen sowie Personen mit formal niedriger Bildung.

▪ Bekanntheit des „Kontakt-Tracings“

Es wissen, dass sich ein Team der DG mit ärztlicher Unterstützung darum kümmert, Personen zu finden, die mit einer am Corona-Virus erkrankten Person in Kontakt standen

		%
insgesamt	Juni 2020	75
	November 2020	79
	März 2021	73
Norden		68
Süden		78
Männer		72
Frauen		74
18- bis 29-Jährige		73
30- bis 44-Jährige		85
45- bis 59-Jährige		80
60 Jahre und älter		58
Erwerbstätige		79
Rentner		58
ohne Diplom, Primar		44
mittlerer Abschluss		71
Abitur, Studium		79

Weiterhin findet es eine große Mehrheit (77 %) gut, dass dieses „Kontakt Tracing“ durchgeführt wird.

17 Prozent finden das nicht so gut.

▪ Bewertung des „Kontakt-Tracings“

		Es finden gut, dass dieses „Kontakt Tracing“ durchgeführt wird	
		ja %	nein *) %
insgesamt	Juni 2020	71	23
	November 2020	82	13
	März 2021	77	17
Norden		80	14
Süden		73	21
Männer		79	16
Frauen		74	19
18- bis 29-Jährige		81	14
30- bis 44-Jährige		77	21
45- bis 59-Jährige		75	22
60 Jahre und älter		76	13
Erwerbstätige		78	19
Rentner		75	14
ohne Diplom/ Primar		68	13
mittlerer Abschluss		73	21
Abitur/ Studium		80	17

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die „Coronalert-App“ zur Nachverfolgung enger Kontakte mit einem App-Nutzer, der positiv auf das Virus getestet wurde, ist der großen Mehrheit der Befragten (85 %) bekannt.

Eine vergleichsweise geringe Bekanntheit hat die App bei Personen mit formal geringer Bildung (59 %).

Heruntergeladen und installiert haben die Coronalert-App bislang 22 Prozent der Bewohner der DG.

Die App wird eher im Norden als im Süden, eher von Männern als von Frauen sowie eher von den Befragten mit weiterführenden Schulabschlüssen als von Befragten mit niedriger Bildung genutzt.

▪ Bekanntheit der App „Coronalert“

		Es kennen die Coronalert-App %	Es haben die Coronalert-App heruntergeladen und installiert %
insgesamt	November 2020	89	19
	März 2021	85	22
Norden		83	25
Süden		86	19
Männer		86	26
Frauen		84	19
18- bis 29-Jährige		90	20
30- bis 44-Jährige		88	27
45- bis 59-Jährige		92	25
60 Jahre und älter		71	18
Erwerbstätige		91	27
Rentner		71	15
ohne Diplom/ Primar		59	8
mittlerer Abschluss		82	14
Abitur/ Studium		90	28

6. Glaubwürdigkeit der offiziellen Informationen zur Corona-Krise

Die überwiegende Mehrheit der Bewohner in Ostbelgien (68 %) hält die Informationen der föderalen Regierung in Brüssel zur Corona-Krise für (sehr) glaubwürdig. Im Vergleich zum Herbst 2020 hat dieser Anteil allerdings deutlich abgenommen (-10 Prozentpunkte).

29 Prozent (+ 11 Prozentpunkte) halten die Informationen der föderalen Regierung für wenig oder gar nicht glaubwürdig.

▪ Glaubwürdigkeit der Informationen der föderalen Regierung

		Die Informationen der föderalen Regierung in Brüssel sind glaubwürdig		
		sehr	eher	wenig bzw. *) gar nicht
		%	%	%
insgesamt	Juni 2020	9	63	25
	November 2020	19	59	18
	März 2021	15	53	29
Norden		17	56	22
Süden		12	50	36
Männer		18	53	27
Frauen		12	53	32
18- bis 29-Jährige		20	60	18
30- bis 44-Jährige		12	43	44
45- bis 59-Jährige		14	54	30
60 Jahre und älter		14	54	26
Erwerbstätige		16	48	34
Rentner		11	57	25
ohne Diplom/Primar		5	57	26
mittlerer Abschluss		12	55	31
Abitur, Studium		18	51	29

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Diejenigen, die die Informationen der föderalen Regierung zur Corona-Krise für wenig oder gar nicht glaubwürdig halten, nennen dafür erneut am häufigsten die empfundene Widersprüchlichkeit der Informationen (32 %) sowie fehlendes Vertrauen in die Politik generell (28 %) als Gründe.

16 Prozent begründen ihr Misstrauen mit schnellen Wechseln der Entscheidungen, 11 Prozent mit mangelnder Kompetenz der Politik. Diese beiden Gründe werden im März 2021 etwas häufiger genannt als noch im Herbst 2020.

Skepsis über die offiziellen Opfer- bzw. Infektionszahlen (10 %) bzw. Zweifel an dem Ausmaß der Pandemie (8 %) werden ähnlich selten genannt wie im Herbst 2020.

▪ Gründe für Zweifel an den Informationen der föderalen Regierung *)

	2020		2021
	Juni	November	März
	%	%	%
- widersprüchliche Informationen	27	24	32
- generelles Misstrauen in die Politik	19	24	28
- schneller Wechsel der Entscheidungen	9	1	16
- mangelnde Kompetenz der Politik	11	6	11
- Skepsis über Opfer-/Infektionszahlen	11	11	10
- Zweifel an Ausmaß der Pandemie	9	11	8
- zu wenig Informationen	4	7	6
- einseitige Informationen	6	8	3
- Uneinigkeit bei der Entscheidungsfindung	2	4	3
- weiß nicht	8	6	4

*) Basis: Befragte, die die Informationen der föderalen Regierung in Brüssel für wenig oder gar nicht glaubwürdig halten

**) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

Das Vertrauen der Bewohner Ostbelgiens in die Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Corona-Krise ist aktuell ähnlich hoch wie in den beiden Erhebungen 2020 und damit weiterhin deutlich höher als das Vertrauen in die Informationen der föderalen Regierung.

83 Prozent halten aktuell die Informationen der DG für sehr bzw. eher glaubwürdig.

▪ **Glaubwürdigkeit der Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

		Die Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind glaubwürdig		
		sehr	eher	wenig bzw. *) gar nicht
		<u>%</u>	<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt	Juni 2020	21	65	11
	November 2020	26	60	11
	März 2021	23	60	15
Norden		27	57	13
Süden		18	63	18
Männer		28	56	13
Frauen		18	63	16
18- bis 29-Jährige		32	63	5
30- bis 44-Jährige		13	61	24
45- bis 59-Jährige		23	58	15
60 Jahre und älter		22	58	15
Erwerbstätige		22	59	17
Rentner		20	61	13
ohne Diplom/Primar		14	63	18
mittlerer Abschluss		22	62	13
Abitur/ Studium		24	58	15

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Befragten, die die Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Corona-Krise für wenig oder gar nicht glaubwürdig halten, nennen dafür vor allem die Abhängigkeit von höheren Ebenen (22 %), die wahrgenommene Widersprüchlichkeit der Informationen (16 %) und ein generelles Misstrauen in die Politik (14 %) als Gründe.

17 Prozent der „Zweifler“ können nicht genau begründen, warum sie die Informationen des Ministeriums für wenig oder gar nicht glaubwürdig halten.

▪ Gründe für Zweifel an den Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft *)

	2020		2021
	Juni	November	März
	<u>%</u>	<u>%</u>	<u>%</u>
- Abhängigkeit von höheren Ebenen	21	9	22
- widersprüchliche Informationen	19	24	16
- generelles Misstrauen in die Politik	16	17	14
- Skepsis über Opfer-/Infektionszahlen	3	2	6
- mangelnde Kompetenz der Politik	8	7	5
- Zweifel an Ausmaß der Pandemie	6	15	2
- Uneinigkeit bei der Entscheidungsfindung	1	5	1
- weiß nicht	20	18	17

*) Basis: Befragte, die die Informationen der DG für wenig oder gar nicht glaubwürdig halten

**) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

Dass die Regierung in Belgien die gesundheitlichen Risiken durch das Corona-Virus bewusst übertrieben darstellt und die Bevölkerung täuscht, glauben aktuell 28 Prozent und damit mehr als noch im Herbst 2020.

22 Prozent glauben aktuell, dass es künftig einen „Impfzwang“ für alle Bürger geben wird.

Der Verschwörungstheorie, dass das Corona-Virus in einem Labor gezüchtet und absichtlich in Umlauf gebracht wurde, schenken unverändert 18 Prozent der Bewohner in Ostbelgien Glauben.

Dass das Corona-Virus nur ein Vorwand ist, um die Freiheitsrechte der Bürger dauerhaft einzuschränken, meinen 13 Prozent der Befragten.

▪ **Glaubwürdigkeit verschiedener Aussagen zum Corona-Virus I**

Es halten die Aussage für glaubwürdig:	2020		2021
	Juni %	Nov. %	März %
- Die Regierung in Belgien stellt die gesundheitlichen Risiken durch das Corona-Virus bewusst übertrieben dar und täuscht die Bevölkerung	23	18	28
- Jeder Bürger wird in Zukunft gezwungen werden, sich impfen zu lassen ^{*)}	21	16	22
- Das Corona-Virus wurde in einem Labor gezüchtet und absichtlich in Umlauf gebracht	19	18	18
- Das Corona-Virus ist nur ein Vorwand, um die Freiheitsrechte der Bürger dauerhaft einzuschränken	12	10	13

*) bislang: Wenn es einmal einen Impfstoff gegen das Corona-Virus gibt, wird jeder Bürger gezwungen, sich gegen das Virus impfen zu lassen

7. Meinungen zur Corona-Impfung

57 Prozent der Bewohner in Ostbelgien wollen sich impfen lassen, sobald sie die Möglichkeit dazu haben. Weitere 10 Prozent sind bereits (einmal) geimpft.

22 Prozent sind sich noch unsicher, ob sie sich impfen lassen, lediglich 11 Prozent wollen sich gar nicht impfen lassen.

▪ Impfbereitschaft

Es werden sich, sobald sie die Möglichkeit haben, impfen lassen

	ja, wurde bereits geimpft %	ja, werde mich impfen lassen %	bin noch un- sicher %	nein, *) will mich nicht impfen lassen %
insgesamt	10	57	22	11
Norden	13	61	17	8
Süden	7	51	27	14
Männer	7	63	18	11
Frauen	13	50	25	10
18- bis 29-Jährige	0	47	42	11
30- bis 44-Jährige	12	44	23	20
45- bis 59-Jährige	12	59	17	10
60 Jahre und älter	15	70	9	5
Erwerbstätige	11	53	23	12
Rentner	14	72	8	5
ohne Diplom/Primar mittlerer Abschluss	12	68	16	4
Abitur/ Studium	9	52	24	15
	10	57	21	10

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. „kann aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden“

Diejenigen, die sich unsicher sind und lieber noch abwarten wollen, begründen dies oft mit möglichen Nebenwirkungen (37 %). 22 Prozent geben an, dass ihnen Entwicklungs- und Zulassungsprozesse zu schnell gingen und die Impfstoffe ihrer Meinung nach nicht richtig getestet wurden.

Dies sagt auch ein Drittel der Befragten (33 %), die sich entschieden haben, sich nicht impfen zu lassen. Ebenfalls ein Drittel (35 %) derjenigen, die sich nicht impfen lassen wollen, gibt an, dass sie auf die Impfung nicht bräuchten, weil sie ein gutes Immunsystem hätten und eine Corona-Erkrankung nicht schlimm sei.

▪ Gründe gegen eine Impfung

	Befragte, die sich noch unsicher sind %	Befragte, die sich nicht *) impfen lassen wollen %
- Angst vor Nebenwirkungen, Nebenwirkungen noch unklar	37	18
- Zulassung/Entwicklung ging zu schnell, Impfstoffe wurden nicht richtig getestet	22	33
- zu wenig Informationen über Impfstoffe	18	8
- gutes Immunsystem/Corona ist nicht schlimm	14	35
- keine Langzeitstudien, Langzeitfolgen unklar	13	12
- Vorbehalte gegenüber AstraZeneca	7	5
- Wirksamkeit der Impfung unklar	6	9
- da man nicht weiß, welchen Impfstoff man bekommt	6	0
- generelle Ablehnung von Impfungen	5	12
- gesundheitliche Gründe (Erkrankung, Allergien)	5	7
- Immunität, überstandene Erkrankung	3	9
- Corona-Einschränkungen gelten auch nach Impfung	2	0

*) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

Eine klare Empfehlung offizieller Stellen wie z.B. des Gesundheitsministeriums für die Impfung halten 88 Prozent der Befragten für (eher) wichtig.

82 Prozent der Befragten teilen die Ansicht, dass Normalität im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben erst möglich sein wird, wenn die meisten Menschen geimpft sind. Etwa ebenso viele (80 %) glauben, dass eine Impfung der beste Weg ist, sich und andere vor einer ernsthaften Erkrankung durch das Corona-Virus zu schützen. Allerdings stimmen auch 72 % der Aussage (eher) zu, dass die Impfstoffe noch nicht ausreichend getestet und mögliche Langzeitfolgen bzw. Nebenwirkungen noch nicht absehbar sind.

Dass Impfungen gegen das Corona-Virus nicht für alle nötig sind, da die Erkrankung für die meisten Bürger nicht schwerwiegend ist, glaubt ein Drittel (32 %) der Befragten.

▪ **Einschätzungen zur Impfung gegen das Corona-Virus**

Es stimmen den Aussagen zur Impfung gegen das Corona-Virus zu

	voll und ganz %	eher %	eher nicht %	überhaupt *) nicht %
- Es ist wichtig, dass offizielle Stellen, wie z.B. das Gesundheitsministerium, sich klar für die Impfung aussprechen	58	30	5	4
- Normalität im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben wird erst möglich sein, wenn die meisten Menschen geimpft sind	52	30	9	7
- Eine Impfung ist der beste Weg, sich und andere vor einer ernsthaften Erkrankung durch das Corona-Virus zu schützen	53	27	11	7
- Die Impfstoffe sind noch nicht ausreichend getestet und mögliche Langzeitfolgen bzw. Nebenwirkungen noch nicht absehbar	37	35	16	9
- Impfungen gegen das Corona-Virus für alle sind nicht nötig, da die Erkrankung für die meisten Bürger nicht schwerwiegend ist	13	19	26	39

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Notwendigkeit des flächendeckenden Impfens für die Rückkehr zur Normalität wird überdurchschnittlich oft von den älteren Befragten gesehen.

Dass eine Impfung der beste Weg ist, sich und andere vor einer ernsthaften Erkrankung durch das Corona-Virus zu schützen, geben 30- bis 44-Jährige seltener an als Personen aus den anderen Altersgruppen.

Die Ansicht, dass Impfungen gegen das Corona-Virus nicht für alle nötig sind, da die Erkrankung für die meisten Bürger nicht schwerwiegend ist, wird überdurchschnittlich oft von den unter 45-Jährigen vertreten.

▪ **Einschätzungen zur Impfung gegen das Corona-Virus II**

Es stimmen den Aussagen zur Impfung gegen das Corona-Virus zu:	insgesamt %	18- bis 29- Jährige %	30- bis 44- Jährige %	45- bis 59- Jährige %	60 Jahre und älter %
- Es ist wichtig, dass offizielle Stellen, wie z.B. das Gesundheitsministerium, sich klar für die Impfung aussprechen	88	94	83	86	90
- Normalität im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben wird erst möglich sein, wenn die meisten Menschen geimpft sind	82	75	77	85	90
- Eine Impfung ist der beste Weg, sich und andere vor einer ernsthaften Erkrankung durch das Corona-Virus zu schützen	80	82	67	81	88
- Die Impfstoffe sind noch nicht ausreichend getestet und mögliche Langzeitfolgen bzw. Nebenwirkungen noch nicht absehbar	72	78	80	70	64
- Impfungen gegen das Corona-Virus für alle sind nicht nötig, da die Erkrankung für die meisten Bürger nicht schwerwiegend ist	32	38	44	26	25

Von denjenigen, die sich impfen lassen möchten, glauben 94 Prozent, dass Normalität im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben erst möglich sein wird, wenn die meisten Menschen geimpft sind. Auch unter den Befragten, die noch unsicher sind, sind mehr als zwei Drittel (71 %) dieser Ansicht. Selbst unter denjenigen, die sich nicht impfen lassen wollen, halten es 39 Prozent für zutreffend, dass Normalität im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben erst möglich sein wird, wenn die meisten Menschen geimpft sind.

Fast alle „Impfwilligen“ (95 %) sehen eine Impfung als den besten Weg an, sich und andere vor einer ernsthaften Erkrankung durch das Corona-Virus zu schützen. Bei den Befragten, die unsicher sind, liegt der Anteil bei zwei Dritteln (65 %).

Fast alle Befragten, die bezüglich einer eigenen Impfung noch nicht sicher sind, und derjenigen, die sich nicht impfen lassen wollen, geben an, dass die Impfstoffe noch nicht ausreichend getestet und mögliche Langzeitfolgen bzw. Nebenwirkungen noch nicht absehbar sind (95 % bzw. 90 %).

Dass Impfungen gegen das Corona-Virus nicht für alle nötig sind, da die Erkrankung für die meisten Bürger nicht schwerwiegend ist, glaubt die Hälfte (52 %) der noch Unsicheren sowie drei Viertel (78 %) derjenigen, die sich nicht impfen lassen wollen. Von den „Impfwilligen“ glauben dies nur 18 Prozent.

▪ **Einschätzungen zur Impfung gegen das Corona-Virus III**

Es stimmen den Aussagen zur Impfung gegen das Corona-Virus zu:	insgesamt %	Impfbereitschaft:		
		ja %	unsicher %	nein %
- Es ist wichtig, dass offizielle Stellen, wie z.B. das Gesundheitsministerium, sich klar für die Impfung aussprechen	88	96	85	52
- Normalität im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben wird erst möglich sein, wenn die meisten Menschen geimpft sind	82	94	71	39
- Eine Impfung ist der beste Weg, sich und andere vor einer ernsthaften Erkrankung durch das Corona-Virus zu schützen	80	95	65	22
- Die Impfstoffe sind noch nicht ausreichend getestet und mögliche Langzeitfolgen bzw. Nebenwirkungen noch nicht absehbar	72	61	95	90
- Impfungen gegen das Corona-Virus für alle sind nicht nötig, da die Erkrankung für die meisten Bürger nicht schwerwiegend ist	32	18	52	78

81 Prozent der Bürger in Ostbelgien fühlen sich über das Thema „Corona-Impfung“ gut informiert.

Jüngere Befragte geben öfter als die älteren an, dass sie gerne noch mehr über das Thema erfahren möchten.

▪ Informiertheit über das Thema „Corona-Impfung“

Es fühlen sich alles in allem ausreichend über das Thema „Corona-Impfung“ informiert

	ja %	nein, würde gerne noch mehr erfahren % ^{*)}
insgesamt	81	19
Norden	84	16
Süden	77	22
Männer	82	17
Frauen	79	20
18- bis 29-Jährige	75	25
30- bis 44-Jährige	79	21
45- bis 59-Jährige	81	18
60 Jahre und älter	87	13
Erwerbstätige	80	20
Rentner	87	13
ohne Diplom/Primar	82	18
mittlerer Abschluss	85	15
Abitur/ Studium	78	22

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Diejenigen, die gerne mehr erfahren würden, interessieren sich vor allem für weitere Informationen zu Nebenwirkungen (23 %) sowie zur Verfügbarkeit von Impfstoffen und der Organisation des Impfkampagne („Wann werde ich geimpft?“) (21 %).

Auch Informationen über Wirkweise, Inhaltsstoffe und Herstellung der Impfstoffe sind gefragt.

▪ Informationsbedarfe *)

Es würden gerne rund um das Thema Corona-Impfung mehr Erfahren über:	<u>%)**)</u>
- Nebenwirkungen	23
- Verfügbarkeit/Organisation der Impfungen	21
- Aufklärung über Impfstoffe/Wirkweise	17
- Inhaltsstoffe, Herstellung	12
- Wunsch nach klaren Antworten/man hört Widersprüche	10
- Langzeitfolgen	7
- Dauer des Impfschutzes	7
- Wirksamkeit gegen eigene Ansteckung	6
- Informationen über bestehende Studien	6

*) Basis: Befragte, die gern noch mehr über das Thema „Corona-Impfung“ erfahren würden

***) offene Abfrage, Mehrfachnennung möglich; dargestellt sind Nennungen ab 5 Prozent

8. Zentrale Ergebnisse

Betroffenheit von der Corona-Krise

Sorgen bereiten den Bewohnern der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Zusammenhang mit der Corona-Krise weiterhin die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Vermehrt in den Fokus gerückt sind neben fehlenden sozialen Kontakten und dem Mangel an Impfstoff auch die Sorgen um Kinder und Jugendliche.

Deutlich mehr Bürger als noch 2020 fühlen sich aktuell durch die Corona-Krise und die damit verbundenen Maßnahmen in ihrem persönlichen Leben eingeschränkt: Fühlte sich im Juni 2020 ein Drittel und im Herbst 2020 die Hälfte der Bevölkerung stark oder sehr stark eingeschränkt, sagen dies nun 57 Prozent.

Trotz der Sorgen und Einschränkungen kann auch in der aktuellen Erhebung eine Mehrheit der Befragten der Corona-Zeit auch etwas Positives abgewinnen, allen voran einen Zugewinn an Zeit.

In Bezug auf die eigene finanzielle Situation hat sich durch die Corona-Krise für die allermeisten Bürger in Ostbelgien (81 %) nichts geändert. Lediglich 10 Prozent berichten von einer Verschlechterung, 9 Prozent sogar von einer Verbesserung ihrer finanziellen Lage.

Für eine gewisse Entkopplung der persönlichen Situation von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung infolge der Corona-Krise spricht auch der Befund, dass wie bereits in den Erhebungen 2020 deutlich mehr Ostbelgier die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten in Ostbelgien pessimistischer beurteilen als ihre persönlichen Zukunftsaussichten.

Krisenmanagement der Regierung und politische Maßnahmen

Die Zufriedenheit mit der Arbeit der föderalen Regierung in Brüssel und dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Umgang mit der Corona-Krise ist seit Juni 2020 rückläufig. Mit der bisherigen Arbeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind dabei aber nach wie vor deutlich mehr Bürger in Ostbelgien zufrieden (68 Prozent) als mit dem Krisenmanagement der föderalen Regierung in Brüssel (46 Prozent).

Die generelle Akzeptanz der zur Eindämmung der Corona-Pandemie getroffenen Maßnahmen ist nicht mehr ganz so hoch wie noch im Herbst 2020: 51 Prozent halten die getroffenen Maßnahmen für angemessen, 16 Prozent für nicht weitgehend genug. Der Anteil derjenigen, denen die Maßnahmen zu weit gehen, hat sich hingegen fast verdoppelt (30 %).

Ein Großteil der zur Eindämmung der Pandemie ergriffenen Einzelmaßnahmen in Ostbelgien findet die Zustimmung einer Mehrheit in der Bevölkerung. Kritisch bewertet werden allerdings die Schließung der Gastronomie sowie die Begrenzung der engen Kontakte auf maximal eine Person außerhalb des eigenen Haushalts, was von einer Mehrheit abgelehnt wird.

Glaubwürdigkeit der offiziellen Informationen zur Corona-Krise

Zwei Drittel (68 %) der Bürger in Ostbelgien halten die Informationen der föderalen Regierung zur Corona-Krise für glaubwürdig. Im Vergleich zum Herbst 2020 bedeutet dies einen Rückgang um 10 Prozentpunkte.

Die Glaubwürdigkeit des Ministeriums der DG bleibt dagegen weitgehend stabil und 83 Prozent der Bürger halten die Informationen der DG zur Corona-Krise weiterhin für glaubwürdig.

Gestiegen im Vergleich zur Vorerhebung ist der Anteil derjenigen, die angeben, dass die Regierung in Belgien die gesundheitlichen Risiken durch das Corona-Virus bewusst übertrieben darstellt und die Bevölkerung täuscht.